



## GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2012/6

Datum/Zeit	Donnerstag, 25. Oktober 2012, 18.00 - 21:40 Uhr	
Ort	im Tellsaal, Bernstrasse 101	
Vorsitz	Werner Michael (FDP)	1
Mitglieder	Biner Jacques (SP)	
	Dogan Aziz (SP)	
	Grossniklaus Bruno (SP)	
	Kehrli Rudolf (SP)	
	Mahler Rudolf (SP)	ab 18.05 Uhr
	Moser Rupert (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Riesen Norbert (SP)	
	Weishaupt Jakob (SP)	
	Wiedmer Rudolf (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Burckhardt Andreas (Grüne)	
	Burkhalter Hans Rudolf (Grüne)	
	Schär Roger (parteilos)	<u>14</u>
	Brauner Fabian (SVP)	
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	
	Wegmüller Nadine (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	<u>6</u>
	Bolliger Renate (EVP)	
	Fels Silvia (EVP)	
	Schröer Christopher (EVP)	
	Wagner Peter (EVP)	bis 20.20 Uhr
	Wagner Rahel (EVP)	<u>5</u>
	Bendoza Thomas (FORUM)	
	Meienhofer Adrian (FORUM)	
	Rüfli Roland (FORUM)	
	Schaller Esther (FORUM)	
	Schenk Madeleine (FORUM)	<u>5</u>
	Leumann Beat (FDP)	
	Rutschi Raphael (FDP)	
	Schoop Henrik (FDP)	<u>3</u>
	Löhner Sandra (CVP)	
	Rippstein Eduard (CVP)	<u>2</u>
	<b>Total anwesend</b>	<b><u>36</u></b>

Mitglieder Gemeinderat	Baumgartner Gerhard (EVP) Blaser Erich (SVP) Ernst Synes (CVP) Panayides Aliko (SVP) Thomann Andreas (SP) Unteregger Schütz Regula (SP) Wegmann Peter (FDP) Zahler Christian (Gemeindepräsident SP) sowie Meyer Marianne, Gemeindeschreiberin
Protokoll	Jürg Kumli, Ratssekretär
Entschuldigt	Mitglieder des GGR: Bracher Peter (SVP), Weber Beat (SVP), Zaugg Gerhard (SVP) Mitglied des Gemeinderates: Lüthy Ursula (Grüne)
Gäste	zu Traktandum Nr. 74: Gäggeler Urs, Leiter IT (von 18.00 - 18.20 Uhr)

## TRAKTANDEN

74.	Geschäftsprüfungskommission (GPK); Ersatzwahl.....	198
75.	Informatik - Hardware 2012: Neues Beschaffungskonzept Server; Kreditbewilligung.....	199
76.	UeO Oberdorf ("Schmätterling"); Ersatz der Wasserhauptleitung im Bereich Bachstrasse/Bachweg und Sanierung der Abwasserhauptleitungen in der Oberdorfstrasse; Kreditabrechnung .....	202
77.	Motion FORUM-Fraktion betreffend Schutz vor Immissionen längs der Bahnlinie; Berichterstattung .....	206
78.	Postulate der SVP-Fraktion betreffend Revision der Ortsplanung resp. Revision des Verkehrskonzepts; Berichterstattung und Kenntnisnahme der Leitlinien zur Siedlungsentwicklung .....	210

79.	Postulat SVP-Fraktion betreffend Miete oder Kauf eines Verwaltungszentrums; Berichterstattung .....	212
80.	Motion H. Schoop (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend notwendige neue(r) Standort(e) Gemeindebibliothek und Ludothek ab 2015 bzw. 2016; Stand der entsprechenden Infrastrukturplanung (inkl. Option Schützenhaus Oberfeld) und Bekennung zu den Institutionen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	215
81.	Überparteiliche Motion betreffend Wiedereinführung der Vereinsbeiträge; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	217
82.	Motion N. Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Saalbewirtschaftung während dem Bau des geplanten Verwaltungszentrums auf dem Tellareal; Erheblicherklärung/ Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	224
83.	Motion R. Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	227
84.	Motion Ch. Zeyer (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mit der Sonne bauen"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	230
85.	Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur Mundiger Jugend; Ja zum Hangar!; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	235
86.	Interpellation B. Grossniklaus (SP) betreffend Wirtschaftsstandort Ostermundigen; schriftliche Beantwortung.....	237

## Mitteilungen des Ratspräsidenten

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Das neue Parlamentsmitglied Andreas Burckhardt (Grüne) für Bruno Hirt heisse ich im Plenum herzlich willkommen.
2. Gestützt auf Artikel 33 der Gemeindeordnung des GGR nimmt zu Traktandum Nr. 75 (Informatik) der Leiter IT, Urs Gägger, an der heutigen Sitzung teil.
3. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
  - Sitzungsunterlagen für die GGR-Sitzung vom 15. November 2012 inkl. aktuellem Sitzplan
  - Einladung für 8. Politforum Thun vom 8./9. März 2013 zum Thema: „Wer macht (noch) mit? - Politische Mitwirkung fordern und fördern!“
  - Flyer "Diskutieren Sie Mit." Wahlpodium der Berner Zeitung am 1. November 2012 im Bären Ostermundigen
4. Die nächste Sitzung findet am **15. November 2012** statt.
5. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant La Favorita.

## Traktandenliste

Das Traktandum Nr. 87 "Orientierungen des Gemeinderates" entfällt.

## Parlamentarische Neueingänge

Am Ratstisch sind keine politischen Vorstösse deponiert worden.

## B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

10.6.11      Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

## **74. Geschäftsprüfungskommission (GPK); Ersatzwahl**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion bleibt der Sitz bis Ende Jahr vakant.

10.23.50 Netzwerk / Infrastruktur (HW)

## 75. Informatik - Hardware 2012: Neues Beschaffungskonzept Server; Kreditbewilligung

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Sandra Löhner (CVP):** Wir haben das Geschäft studiert und die CVP-Fraktion wird diesem so zustimmen. Es macht Sinn, in der Informatik in kürzeren Abständen die Software und Hardware teilweise zu ersetzen. Das Kosten-/Nutzenverhältnis wird wieder besser und wir bekommen Jahr für Jahr infolge des technologischen Fortschrittes für den gleichen Preis eine bessere Leistung. Beim Aktenstudium sind mir einige Punkte aufgefallen:

- In der Botschaft wird immer von Servern gesprochen. Wie sieht das Geschäft bei den Arbeitsplatzstationen aus?
- Über welches Budgetkonto wird die kontinuierliche Ersetzung der Arbeitsstationen verbucht?
- Unter Punkt 2.3 „Kostenvoranschlag“ wird erwähnt, dass mit diesem Vorgehen die Wartungskosten gesenkt werden können. Doch in den Jahren 2013 bis 2015 werden jährlich Fr. 20'000.-- (total Fr. 60'000.--) veranschlagt. Wieso ist der Betrag immer gleich gross, wenn vorerwähnt festgehalten ist, dass die Wartungskosten sich senken?

Wir hoffen, dass das vorliegende Projekt einen guten Abschluss (wie das ICT-Projekt in der Schule) finden wird.

<sup>1)</sup>

**Peter Wagner (EVP):** In der Informatik sind Soft- und Hardware eine kurzlebige Sache! Um „à jour“ zu bleiben, ist deshalb ein flexibles Konzept nötig. Um dem gerecht zu werden, müssen die Hardware und die Software skalierbar, beziehungsweise erweiterbar sein. Einzelne Baugruppen sollten ohne Unterbruch des laufenden Betriebs ersetzt oder für Erweiterungen eingesetzt werden können. Die Software braucht regelmässige Updates (= die Aktualisierung von Software oder Daten), damit die Sicherheit der Programme gewährleistet ist. Mit diesem Konzept ist die Gemeindeverwaltung für die Zukunft gerüstet. Deshalb stimmt die EVP-Fraktion dem vorgelegten Kredit zu.

**Thomas Bendoza (FORUM):** Auch wir vom FORUM finden die Kostenaufteilung über fünf Jahre hinweg als sinnvoll. Mit diesem Vorgehen kann in der schnellebigen Zeit flexibel auf Veränderungen reagiert werden. Für uns ist es besonders wichtig, dass die Kosten nicht überschritten werden und dass nicht die gleichen Fehler wie beim Bund gemacht werden. Eine Kostenexplosion kann sehr schnell eintreten.

**Nadine Wegmüller (SVP):** Die SVP-Fraktion stimmt dem Kreditantrag vorbehaltlos zu.

---

<sup>1)</sup> 18.05 Uhr: Rudolf Mahler (SP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

**Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne):** Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Die flexible Lösung wird von uns begrüsst und eine Umsetzung innerhalb von fünf Jahren erscheint uns sinnvoll zu sein. Ich persönlich hätte gerne einige Details mehr in Erfahrung gebracht, damit das Bild der Vernetzung allen besser bekannt wird.

Eine Frage stellt sich uns noch: Wurde ein Zusammenschluss mit anderen Gemeinwesen geprüft?

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Besten Dank für sich abzeichnende Zustimmung. Die technischen Fragen werden vom Leiter IT beantwortet.

**Leiter IT Urs Gäggeler:** Die Gemeinde Ostermundigen betreibt heute eine Citrix-Server-Lösung, d. h. die Clients sind relativ schmale und wenig leistungsfähige Raks. Die Raks müssen selten (im Turnus von 5 Jahren) ausgewechselt werden. Dieses System hat sich bis heute sehr bewährt.

Die Wartungskosten betragen jährlich Fr. 20'000.--. Das alte System läuft in den nächsten fünf Jahren parallel mit dem neuen System. Auf dem alten System fallen ebenfalls Wartungskosten an. Die Fr. 20'000.-- sind zusätzliche Kosten, welche zu den jährlich budgetierten Wartungskosten hinzukommen werden.

Ein Zusammenschluss mit anderen Gemeinwesen wird regelmässig überprüft. Letztmals wurde die Option im Jahre 2008 wirtschaftlich geprüft. Verbundlösungen machen dann Sinn, wenn aussenstehende Gemeinden sich einer bestehenden Lösung anschliessen möchten resp. wenn sich die Gemeinde Ostermundigen profitabel an einen IT-Verbund anschliessen möchte. Ein grosser Vorteil bei einem allfälligen Zusammenschluss ist heute nicht ersichtlich.

**Christian Zeyer (SP):** Die beiden Systeme laufen jetzt parallel miteinander. Beide Systeme müssen gewartet werden und das alte System wird schrittweise eliminiert. Was passiert in der Zukunft resp. in fünf Jahren? Laufen in der Gemeinde Ostermundigen inskünftig permanent zwei Systeme nebeneinander? Wurde bei der öffentlichen Ausschreibung dem Thema "Energie" Rechnung getragen?

**Leiter IT Urs Gäggeler:** Zum parallelen Systemlaufen: Wir werden die beiden Systeme während drei Jahren in Betrieb halten müssen. Neu installierte Komponenten werden im alten System fortlaufend abgeschaltet. In drei Jahren wird das alte System vollständig abgeschaltet sein. Im ersten Jahr werden Teile des alten Systems benötigt und diese werden vermehrt durch das neue System ersetzt.

Energie: Dieses Thema wurde in der Submission nicht explizit als Bewertungskriterium berücksichtigt. Die heutigen Server funktionieren bereits energiearm.

**Christian Zeyer (SP):** Ich ärgere mich wieder einmal mehr erheblich. Es ist leider eine Tatsache, dass die Hersteller nicht automatisch die besten Systeme zur Verfügung stellen. Wenn in der Submission keine explizite Ausschreibung und anschliessende Kontrolle vorgenommen wird, dann geht das Thema "Energie" vergessen.

**Thomas Bendoza (FORUM):** Das war eine interessante Aussage in Bezug auf das Thema "Synergien nutzen." Wir müssen nicht warten, bis andere Gemeinden auf uns zukommen. Wir können auf Gemeinden aktiv zugehen. Es geht darum, die Kosten im Griff zu behalten. Es muss selbstverständlich ein kompatibles System angeboten werden.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Für die Realisierung des neuen Serverkonzeptes wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 550'000.-- (inkl. MwSt.) bewilligt.
2. Die jährlichen EDV-Erweiterungen ab 2016 werden dem jeweiligen Budget belastet.



42.2.42 Leitungsnetz, Hauptleitungen, Neuerstellung  
42.3.43 Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt (früher: 42.313)

## **76. UeO Oberdorf ("Schmätterling"): Ersatz der Wasserhauptleitung im Bereich Bachstrasse/Bachweg und Sanierung der Abwasserhauptleitungen in der Oberdorfstrasse; Kreditabrechnung**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Norbert Riesen (SP):** Gewisse Probleme bei den Nachkrediten (z. B. verspätete Kreditabrechnungen) sind uns bereits bekannt. Wir hoffen auf eine unverzügliche Verbesserung. Die Veränderung fängt ja bekanntlich im Kopf an. Mit der gemeinderätlichen Begründung der Kostenüberschreitung im GPK-Protokoll vom 17. Oktober 2012 bekundete ich Mühe:

*Das Handling mit Nachkrediten wird in der Gemeinde Ostermundigen sehr grosszügig gehalten. Eine gewisse Zurückhaltung wäre angebracht. Diese Rüge wurde vom Parlament bereits vor einiger Zeit geäussert.*

Die Einsicht ist noch nicht eingekehrt. Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen müssen eingehalten werden. Der Text sollte so heissen: ...*Das Handling mit Nachkrediten wird in der Gemeinde Ostermundigen **fahrlässig** gehalten. Eine gewisse Zurückhaltung **ist** angebracht.*

Wir haben über Fr. 277'000.-- mehr ausgegeben. Der Gemeinderat wurde vom damals zuständigen Departementsvorsteher informiert; ein Nachkredit wurde aber nie gestellt. Als Privatperson kann ich diesem Vorgehen nicht folgen; die Finanzkompetenzen und der finanzielle Rahmen müssen eingehalten werden.

Ich hoffe, dass ein solcher Fall nicht nochmals vorkommt. In der Fussballsprache ausgedrückt bedeutet dies: Die gelbe Karte wurde dem Gemeinderat bereits vorgängig gezeigt und heute muss ihm die zweite gelbe resp. die rote Karte gezeigt werden!

**Madeleine Schenk (FORUM):** Nach dem Lesen des GPK-Protokolls gestatten wir uns trotzdem Stellung zu nehmen und Fragen zu stellen. Die Aussage, es wurden keine Sondierschlitzte gemacht, weil nicht angenommen werden konnte, dass die Eternitrohre nicht nach den Regeln der Baukunst verlegt worden sind, finden wir etwas speziell. Wir konfrontieren hier mit der Aussage:

*Eternitleitungen dürfen nur in „ruhige“ Böden eingelegt werden, da die Rohre keine Biegung aushalten.*

Vielleicht war die Geologie in diesem Gebiet als zu wenig ruhig beurteilt worden und die Leitung darum einbetoniert. Nun zu unseren Fragen:

- Wie ist die heutige Vorgehensweise bei zu ersetzenden, früher verlegten Eternitrohren?
- Wir verstehen nicht, warum wurde seinerzeit auf das Stellen eines Nachkredits verzichtet? Wir haben einfach jetzt diese Kröte zu schlucken.

Noch eine Anmerkung: Vielleicht sollten die Bautätigkeiten beim Wasser/Abwasser etwas gezügelt werden, damit die Projekte inklusive Abrechnung innert nützlicher Frist ein Ende

finden. Wir sind der Auffassung, dass nicht immer alle Leitungen so super dringend ersetzt werden müssen.

**Hans-Rudolf Hausammann (SVP):** Ich kann das Votum von Norbert Riesen (SP) eins zu eins nachvollziehen. Was passiert, wenn die Eternitleitungen aus dem Boden genommen werden müssen? Sind diese Leitungen letztendlich noch asbesthaltig? Die Handhabung dieser Leitungen wird von der SVP-Fraktion in Frage gestellt.

Wir haben über die verspäteten Kreditabrechnungen bereits an vorhergehenden Parlaments-sitzungen moniert. Diese unerfreuliche Situation muss sich verbessern!

**Beat Leumann (FDP):** Die FDP-Fraktion nimmt von der vorliegenden Kreditabrechnung mit Befremden Kenntnis. Wir sind der Auffassung, dass bei diesem Geschäft die Kontrolle versagt hat. Mit einer laufenden Kontrolle wäre die Kreditabrechnung billiger ausgefallen.

**Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP):** Die Kritik "Nachkredite" wurde bereits vorgängig im Parlament kundgetan. Ich akzeptiere die Kritik des Parlamentes und weise diese nicht als unberechtigt zurück. Dieser Missstand wird von der Abteilung Gemeindebetriebe nicht gutgeheissen und wir sind bestrebt, dem Parlament korrektere Kreditabrechnungen zu unterbreiten. Ich habe heute mit dem Abteilungsleiter nochmals Kontakt aufgenommen und über den finanziellen Stand des Rahmenkredites gesprochen. Hier ist keine missliche Entwicklung im Gange.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass bei der Projektierung auf Unvorhergesehenes nicht Rücksicht genommen wird. Wenn eine offene Baustelle Mehrkosten verursacht, kann der Bau nicht so einfach gestoppt werden, damit bei den zuständigen Organen um die notwendigen Nachkredite nachgefragt werden kann.

Die Gründe, die zur verspäteten Kreditabrechnung führten, wurden bereits in der gemeinderätlichen Botschaft erwähnt. Die abgeschlossenen Projekte (ca. 30 Kreditabrechnungen) werden voraussichtlich im nächsten Jahr den zuständigen Organen zur Kreditabrechnung vorgelegt. Mit grösseren Kreditüberschreitungen ist nicht mehr zu rechnen.

Die Entsorgung der alten Eternitrohre entzieht sich meiner Kenntnis. Diese Frage werde ich den Fachspezialisten stellen und die Beantwortung erfolgt separat zuhanden des Protokolls.<sup>2</sup>

Wir nehmen die Kritik ernst. Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat in der letzten Budgetdebatte ein Controlling verlangt. Der Gemeinderat legt ein Konzept vor, wie er das Controllingkonzept führen will. Dieses Konzept wird an der Dezember-Sitzung 2012 dem Parlament vorgestellt.

---

<sup>2</sup>) Im Netz der Wasserversorgung Ostermundigen bestehen zurzeit noch 5 km Faserzementrohre. Davon wird ein Teil aktuell im Projekt „Waldheimstrasse“ (ca. 65 Meter) ersetzt. Die übrigen Faserzementrohre befinden sich im Tiefenmösli, im Bachweg, in der Unteren Zollgasse, im Schiessplatzweg, im Gebiet Steingrübli/Rörswil und im Rütieweg bis zum Reservoir. Die Leitungen werden im Zusammenhang mit künftigen, noch zu bewilligenden Sanierungsprojekten oder bei Schadenfällen ersetzt.

**Norbert Riesen (SP):** Besten Dank für die Ausführungen. Die Handhabung hätte bei diesem Geschäft so erfolgen können:

- Am 4. Juli 2006 wurde der Gemeinderat über die zu erwartende Kostenüberschreitungen informiert (siehe GGR-Botschaft). Der Departementsvorsteher hätte die Höhe der Kostenüberschreitung in Erfahrung bringen sollen.
- An der Gemeinderatssitzung vom 29. August 2006 hätte der Gemeinderat über die ungefähre Höhe der Kreditüberschreitung informiert werden können. Der finanzielle Kompetenzbereich hätte abgeschätzt werden können.
- Der Grosse Gemeinderat hätte an der nächsten Sitzung über die Notlage informiert werden können. Die notwendige Information hätte auch per E-Mail oder in Papierform vorgenommen werden können; es bedingt nicht immer eine physische Zusammenkunft.

Das gemeinderätliche Vorgehen hat mich nicht überzeugt. Der Wortlaut in den verschiedenen Dokumenten lässt darauf schliessen, dass der Ernst der Lage vollumfänglich unterschätzt worden ist.

**Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP):** Ich finde die Kritik nicht als scharf, sondern als berechtigt. Ich kann aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 29. August 2006 zitieren. Der Departementsvorsteher hatte damals den Gemeinderat wie folgt informiert:

*...Morgen findet eine Besprechung mit den zuständigen Leuten statt, an der sich herausstellen wird, ob Mehrkosten entstehen. An der GR-Sitzung vom 5. evtl. 19. September 2006 kann genauer über die Sachlage informiert werden, da dann Näheres bekannt sein wird.*

In den beiden Gemeinderatsprotokollen vom 5. resp. 19. September 2006 und in den GGR-Protokollen 2006 und 2007 (inkl. GR-Protokolle 2007 und 2008) wird über die Überbauung "Schmätterling" nicht mehr informiert. Diesen Sachverhalt müssen wir so entgegen nehmen und akzeptieren. Im Nachhinein können wir den damals Verantwortlichen nur kundtun, dass sie hätten anders reagieren müssen.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Von der Kreditabrechnung über „Überbauungsordnung Oberdorf (Schmätterling)“; Ersatz der Wasserhauptleitung im Bereich Bachstrasse/Bachweg und Sanierung der Abwasserhauptleitungen in der Oberdorfstrasse, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 962'878.65 (inkl. MWSt.) wird Kenntnis genommen.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung Wasser (Kto. 520.501.08) wird ein Nachkredit von Fr. 270'212.85 (inkl. MWSt.) bewilligt.
3. Zu Lasten der Investitionsrechnung Abwasser (Kto. 530.501.08) wird ein Nachkredit von Fr. 7'665.80 (inkl. MWSt.) bewilligt.

10.3.72      Motionen  
30.1.11      Baugesuche

## 77. Motion FORUM-Fraktion betreffend Schutz vor Immissionen längs der Bahnlinie; Berichterstattung

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Esther Schaller (FORUM):** Die gemeinderätlichen Antworten nach vier Jahren sind äusserst unbefriedigend.

- In der Botschaft auf Seite 2 "3. Geschichte" teilte die SBB dem BAV mit, die vom beauftragten Ingenieurbüro für Lärmschutzmessungen berechneten Emissionspegel seien zu korrigieren, mit der Begründung: Im Jahresdurchschnitt verkehren weniger Züge als am Messtag. Wer kann das kontrollieren? Das wäre ungefähr das Gleiche, wie wenn wir an das Fussballspiel FC Basel gegen die Berner YB gehen, die Young Boys ein Tor erzielen und es annulliert wird, da die Zuschauerzahlen den Jahresdurchschnitt nicht erreichen.
- In der Botschaft können wir keine Stellungnahme auf unsere sechs Erwartungen vom 17. Juni 2009 finden.
- Es hat eine Unstimmigkeit in der Botschaft – unter Punkt 3 / 08.02.2011 heisst es „*der Emissionsplan 2015 BAV*“ liegt vor und unter Punkt 5 "Fazit" wird im letzten Satz erwähnt: *...Der Gemeinderat wird eine Neubeurteilung der Situation verlangen sobald der Emissionsplan 2015 des BAV vorliegt.*
- Unter Punkt 4 wird erklärt, dass der Bahnlärmkataster auf Grund von Berechnungen erstellt wurde. Für jede Liegenschaft entlang der Bahnlinie wurde die Lärmbelastung berechnet. Daraus schliessen wir, dass die Lärmbelastung gar nicht gemessen wird.

Die FORUM-Fraktion stellt den folgenden **Änderungsantrag**:

1. Unter Beschlusseziffer Nr. 1 ist das Wort *zustimmend* im Satz streichen. *Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis.*
2. *Wir fordern, dass die Motion nicht abgeschrieben wird.*

Begründung:

Für die Anwohnerschaft wurde nichts erreicht. Wir verlangen vom Gemeinderat, dass die Gemeinde Ostermundigen selber aktiv wird.

**Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP):** Sie haben bekanntlich - quasi als Leitfaden - noch einen ergänzenden Hinweis zur Behandlung dieses Geschäftes erhalten. Wir haben an sich bewusst eine umfassende Einleitung abgefasst. Zumal diese Angelegenheit auch von einem relativ langfristig vorausgegangenem Werdegang geprägt ist.

Die Berichterstattung vom Gemeinderat zum eigentlichen Motionstext beginnt somit erst ab Kapitel 2, was es nun bei einer allfälligen Diskussion zu beachten gilt.

Vorgängig möchte ich nun noch folgende Ergänzungen anbringen: Der Gemeinderat hat absolutes Verständnis für die Anliegen der Motionäre wie auch von den betroffenen Anwohnerschaften. Zumal es ganz offensichtlich zutrifft, dass der Bahnverkehr und damit die entsprechenden Lärmemissionen im besagten Streckenabschnitt in der Vergangenheit zugenommen haben. Was realistisch betrachtet auch in Zukunft (sowohl punkto Personen- wie auch Güterverkehr und praktisch rund um die Uhr) gilt, muss vergewärtigt werden. Folglich hat es durchaus Sinn gemacht, im Rahmen der sich bietenden Möglichkeiten diesbezüglich konkret zu agieren bzw. zu intervenieren. Als gesetzlich relevante Grundlagen obliegen dazu

- das Umweltschutzgesetz USG;
- die Lärmschutzverordnung LSV;
- der Lärmschutzkataster Ostermundigen: Eisenbahnlärm gemäss Zustand Emissionsplan 2015 BAV.

Der Gemeinderat hat dementsprechend interveniert. Zusammenwirkend mit dem BAV sind im Zeitraum ab 2009 bis 2011 auf dem gesamten besagten Streckenabschnitt umfassende Emissionsmessungen vollzogen worden. Ein solches Prozedere wird in der Praxis generell mit einem sogenannten "SEMIBEL-Verfahren" umgesetzt. SEMIBEL - dies zum allgemeinen Verständnis - ist ein Schweizerisches Computer-Emissions- und Immissions-Modell, speziell zur Berechnung von Eisenbahnlärm. Der Messvorgang wird örtlich je nach Länge vom zu messenden Streckenabschnitt bei einem oder bei mehreren dabei relevant massgebenden und geeigneten Standorten vorgenommen. Im vorliegenden Fall ist dies bei der Poststrasse 25 erfolgt, da sich ein (und eben dieser) Standort als zweckgerichtet und genügend offenbart.

Die anfallenden Werte sind bei allen anderen Liegenschaften entlang des Streckenabschnittes wahrheitsgetreu mit Hochrechnung erfasst worden. Dies bedeutet, dass alle Liegenschaften entlang der Bahnlinie erfasst und berechnet worden sind. Dabei können die effektiven Werte im Nahbereich - was hier zutrifft - höchstens um 1 bis 2 dBA abweichen. Was sich somit klar als geringfügig präsentiert.

Die solchermassen sowohl tagsüber wie auch während der Nacht - somit bemessen auf 24 Std. - vollzogenen Messungen haben zu den folgenden Resultate und Erkenntnissen geführt:

- Die anfallenden Lärmemissionen fallen nachts höher aus als tagsüber, was vordergründig dem Güterverkehr und teils diesbezüglich mangelhaftem Rollmaterial zuzuführen ist. Die SBB ist zwar bestrebt, dieses mangelhafte Rollmaterial kontinuierlich auszuwechseln. Dies wirkt aber nur bedingt, da zum Teil viel Rollmaterial aus dem Ausland anfällt.
- Die massgebenden Bemessungen sind nach Durchschnittswerten erfolgt, was gemäss BAV legitim und zulässig ist.

Fazit:

Die massgebenden Grenzwerte werden auf dem gesamten Streckenabschnitt und somit ausnahmslos bei allen betroffenen Liegenschaften sowohl tagsüber wie auch nachts eingehalten.

All diese Sachverhalte belegt der vorliegende Lärmkataster unter Mitaufführung von allen Detailwerten, sowie eine Bahnlärmkarte, ausgerichtet auf die anfallenden Lärmbelastungen während der Nacht, da in der Nacht wie vorerwähnt höhere Werte anfallen. Dieser Lärmkataster, wie auch die Bahnlärmkarte können jederzeit bei unserer Abteilung Hochbau eingesehen werden. Das bedeutet, dass unserer Gemeinde momentan die Hände gebunden sind.

Zurzeit ist es uns schlicht nicht möglich, weitere Massnahmen bei der SBB, beim Kanton oder beim Bund qualifiziert geltend zu machen bzw. anzufordern.

Eben so wenig kann nicht erwartet werden, dass diese Institutionen nun zu freiwilligem Vorgehen bewegt werden können. Sicher wäre eine generelle Untertunnelung, wie von den Motionären in Erwägung gezogen, wohl die optimalste Lösung, was zurzeit in Anbetracht von der vorerwähnten Sachlage aber ausschliesslich in den Zuständigkeitsbereich unserer Gemeinde fallen würde. Und dies kann nun schlicht nicht sein. Sowohl aus Optik der Verursacherherkunft, wie auch in Anbetracht der solchermassen massiv zu vergewärtigenden Aufwendungen bzw. Kosten.

Der Gemeinderat wird somit eine Neubeurteilung verlangen, sobald der neue Emissionsplan 2015 vom BAV vorliegt. Oder wenn andere bemerkenswerte Veränderungen, wie der Übergang vom Halb- auf einen Viertelstundenfahrplankontakt oder zusätzliche Geleise, eintreffen sollten.

Mit Sicherheit wird der Gemeinderat wachsam bleiben. Und dieser Problematik - soweit sich Möglichkeiten für Umsetzungsmassnahmen abzeichnen - umgehend und weiterhin kontinuierlich begegnen.

Der Gemeinderat beantragt deshalb die Abschreibung der Motion. Zumal dies in Anbetracht dieser Zusage Sinn macht und damit unsere Verwaltung entlastet würde.

Und hier noch abschliessend - und zum allgemeinen Verständnis - folgende Hinweise:

- Insgesamt gibt es sieben Arten von Dezibel;
- dB bedeuten Dezibel Körperschall (Trittschall);
- dBA bedeuten Dezibel Luftschall (d. h. atmosphärischer Schall-Leistungspegel), was hier vorliegt.

**Nadine Wegmüller (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt die Motion zustimmend zur Kenntnis. Wir haben vollstes Verständnis für die Motionäre, sind jedoch der Auffassung, dass die Motion heute Abend als erledigt abgeschrieben werden kann.

**Raphael Rutschi (FDP):** Wir von der FDP-Fraktion haben ebenfalls Verständnis für die Motionäre. Trotzdem müssen wir erkennen, dass ein Lärmbelastungskataster bereits existiert. Es konnten keine gültigen Lärmüberschreitungen festgestellt werden. Die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Ostermundigen lassen keine zusätzlichen Lärmsanierungsmassnahmen zu. Zudem muss beachtet werden, dass die Liegenschaften entlang den Geleisen zu einem tieferen Mietzins veräussert werden.

**Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne):** Ich wohne im Sandwich resp. zwischen der Bahnlinie und dem Schermenweg. Die Lärmwerte können reduziert werden, die Erschütterungen sind jedoch schlimmer als der Lärm. Wir können die Motion heute Abend abschreiben, wenn das Versprochene - sobald die neuen Lärmemissionspläne vorliegen - umgehend umgesetzt wird.

Die Gebäudeschäden durch die Erschütterungen müssen mit einem tieferen amtlichen Wert verrechnet werden.

**Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP):** SBB-Leistungen für Vibrationen mussten den betroffenen Grundeigentümern bereits im Vorfeld vergütet werden.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) kann über den Änderungsantrag des FORUMS abstimmen. Ich zitiere nochmals die gewünschten Beschlusseziffern:

1. *Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis.*
2. *Wir fordern, dass die Motion nicht abgeschrieben wird.*

**Abstimmung:**

Die Beschlusseziffer Nr. 1 wird mit 14 zu 14 Stimmen bei Stichentscheid durch den Ratspräsidenten abgelehnt.

Die Beschlusseziffer Nr. 2 wird mit 27 zu 6 Stimmen abgelehnt.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Wir können die Schlussabstimmung vornehmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 29 zu 6 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Vom Bericht des Gemeinderates zur Motion der FORUM-Fraktion betreffend Schutz vor Immissionen längs der Bahnlinie wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Motion wird als erledigt abgeschrieben.



10.3.73 Postulate  
10.22.0.14 Ortsentwicklung (früher: 10.2214)

## **78. Postulate der SVP-Fraktion betreffend Revision der Ortsplanung resp. Revision des Verkehrskonzepts; Berichterstattung und Kenntnisnahme der Leitlinien zur Siedlungsentwicklung**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich bereit, dass ihre beiden Postulate betreffend Ortsplanungsrevision und Verkehrskonzept vom 8. September 2005 als erledigt abgeschrieben werden. Ob die Postulate im Sinne der Initianten und des Grossen Gemeinderates erledigt wurden, ist allerdings mehr als fraglich. Sie wurden aber im Jahr 2005 unter anderen Voraussetzungen eingereicht, als sie heute herrschen. Wohlwollend betrachtet kann man deshalb sagen, die Entwicklung der letzten Jahre hat sie überrollt.

Dass der Gemeinderat vor einer Ortsplanungsrevision zurückschreckt, hat nachvollziehbare Gründe. Wie die Erfahrungen in Nachbargemeinden zeigen, haben es Ortsplanungsrevisionen zurzeit schwer. Dies hauptsächlich dann, wenn damit neues Bauland in grösserem Ausmass eingezont werden soll oder neue Vorschriften geplante Projekte behindern oder verhindern könnten.

Wir haben auch ein gewisses Verständnis dafür, dass der Gemeinderat es nicht besonders eilig hat, ein neues Verkehrskonzept auszuarbeiten. Verkehrskonzepte sind politisch heisse Eisen. Es prallen bei der Entwicklung die unterschiedlichsten Interessen (Fussgängerverkehr, Veloverkehr, miV, ÖV, je nach politischer Ausrichtung) aufeinander. Da kommt natürlich die bevorstehende Abstimmung über das „Tram Region Bern“ gerade recht, die heisse Kartoffel noch ein wenig ruhen zulassen. Die SVP-Fraktion bemängelt aber klar die lange Bearbeitungszeit von sieben Jahren. Für einen Nullentscheid ist das eindeutig zu lange.

Von den vom Gemeinderat am 8. September 2012 beschlossenen Leitlinien zu Siedlungsentwicklung hat die SVP-Fraktion ohne grosse Begeisterung Kenntnis genommen. Die Leitlinien sind aus Sicht der SVP-Fraktion kein grosser Wurf. Mit rollender Planung will man die Zukunft gestalten. Viele Details in den Leitlinien sind nicht neu. Ausserdem wird beinahe die gesamte Gemeindeentwicklung an die Realisierung des Tramprojektes geknüpft. Was geschehen soll, wenn das "Tram Region Bern" beim Souverän Widererwarten der Mehrheit des Gemeinderates keine Gnade findet, bleibt weitgehend offen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die Kritik betreffend die lange Bearbeitungsfrist kann ist zum Teil akzeptieren. Wir haben ein Bevölkerungsforum mit anschliessendem Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Anschliessend wurden die Parteireaktionen mit einer Nachverdichtungsstudie bearbeitet. Wenn wir alle diese Schritte berücksichtigen, wurde in den letzten sieben Jahren gleichwohl etwas erarbeitet.

Das Verkehrskonzept kann nicht einfach so revidiert werden. Eine Teilrevision muss auf ein zentrales Projekt wie das "Tram Region Bern" Rücksicht nehmen. Es macht wenig Sinn, das Verkehrskonzept jetzt neu zu überarbeiten. In den letzten zwei Jahren wurden sowohl das Siedlungsentwicklungskonzept wie auch das Verkehrskonzept nicht dermassen forciert.

Mit den vorliegenden Leitlinien soll der Rahmen der Ortsplanungsrevision in sogenannten Einzelschritten aufgezeigt werden. Mittels Überbauungsordnungen können die Detailplanungen festgelegt werden. Dieses Vorgehen wurde vom Gemeinderat gewählt.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

1. Die vom Gemeinderat genehmigten Leitlinien zur Siedlungsentwicklung vom 11. September 2012 werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat SVP-Fraktion vom 8. September 2005 betreffend Ortsplanungsrevision wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat SVP-Fraktion vom 8. September 2005 betreffend Verkehrskonzept wird als erledigt abgeschrieben.

10.3.72	Motionen
10.4.42	Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete / Pacht)
30.4.10	Verwaltungszentrum

## 79. Postulat SVP-Fraktion betreffend Miete oder Kauf eines Verwaltungszentrums; Berichterstattung

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt vom Bericht des Gemeinderates zum eingereichten Postulat vom 30. Oktober 2008 zustimmend Kenntnis. Das vom Gemeinderat vorgesehene weitere Vorgehen beim Geschäft „Neues Verwaltungszentrum“ erscheint uns zweckmässig. Das Postulat hingegen will die SVP-Fraktion nicht als erledigt abschreiben.

Begründung:

Zum heutigen Zeitpunkt ist nicht bekannt, wie das Projekt für ein neues Verwaltungszentrum konkret aussieht. Die Frage Miete oder Kauf, beziehungsweise Eigentum, hat neben den vom Gemeinderat nachvollziehbar dargelegten Überlegungen für Eigentum nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche (kaufmännische) Aspekte. Diese sind bei der Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen ebenfalls zu berücksichtigen. Sie können auch die politische Meinungsbildung beeinflussen. Das zukünftige, konkrete Projekt ist demnach für beide Varianten Miete oder Kauf auf der Basis einer Mindestnutzungsdauer von 20 Jahren, inklusive Folgekosten (Abschreibungen, Betrieb, Unterhalt etc.) so detailliert wie möglich und sinnvoll zu berechnen. Nur auf diese Weise haben das Parlament und die Bevölkerung solide Entscheidungsgrundlagen.

**Henrik Schoop (FDP):** Wir von der FDP-Fraktion stehen hinter einem neuen Verwaltungszentrum auf dem Tell-Areal. Eine Gegenüberstellung der beiden Varianten „Miete“/„Eigentum“ wäre sehr interessant und aufschlussreich gewesen. Mit dieser Grundlage lässt sich keine strategische Entscheidung treffen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht stellen sich folgende Fragen an den Gemeinderat:

- Wer trägt das Risiko und wie hoch ist das Risiko? Ein Grundsatz einer ausgewogener Finanzplanung ist: Verteilung der Risiken!
- Haben wir genügend Ressourcen und Kompetenzen? Bräuchte es für dieses Projekt nicht zusätzlich Personal im Hochbauamt?
- Wie stehen die Zinsen in sechs Jahren? Jetzt günstig für Aufnahme Fremdkapitalvorhersage?
- Was ist das Kerngeschäft der Gemeinde? Etwa Facility-Management?

Das Vorgehen, das der Gemeinderat vorschlägt, finden wir strategisch sinnvoll. Ein heisser Tipp: Bezieht die Nachbarschaft bereits im Vorfeld ein. Vielleicht entstehen weitere Möglichkeiten, um das umliegende Tellareal optimaler zu nutzen und zu gestalten.

Lieber Gemeinderat: Es ist weiter Sachverstand, Engagement das und Lernen von Fehler gefordert, um dieses einmalige „Leuchtturmprojekt“ zu realisieren!

**Colette Nova (SP):** Der Gemeinderat informiert uns in der Berichterstattung, dass die Antwort "Miete oder Kauf" hauptsächlich davon abhängt, dass die Gemeinde Ostermundigen Eigentümerin des Landes oder Gebäudes ist. Dieser Aspekt scheint uns vernünftig zu sein. Weiter teilt uns der Gemeinderat mit, dass er die Variante "Eigentum" für ein neues Verwaltungszentrum bevorzugt. Ein abstrakter Vorentscheid würde absolut keinen Sinn ergeben. Eine neue Botschaft wird dem Parlament für voraussichtlich Mitte 2013 in Aussicht gestellt. Dazu wird das Postulat nicht mehr gebraucht und es kann abgeschrieben werden.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion unterstützt den gemeinderätlichen Beschluss. Wir sind schon heute sehr gespannt, wie die Vorlage aussehen wird, und mit welchem finanziellen Aufwand gerechnet werden muss.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die CVP-Fraktion wird dem Antrag ebenfalls zustimmen. Das Postulat kann heute Abend abgeschrieben werden. Das Geschäft wird noch mehrmals im Parlament traktandiert und beraten werden. Ich möchte noch ein paar positive Punkte erwähnen:

- Die Umfrage bei der Bevölkerung anlässlich des diesjährigen Herbstmärts hat ergeben, dass rund 95 % der Eingaben sich ein Verwaltungszentrum auf dem Tellareal vorstellen könnten.
- Rund 98 % der Befragten haben sich für einen Gemeindesaal ausgesprochen.
- Gewünscht werden am Standort TELL eine Ludothek, eine Bibliothek sowie ein Polizeiposten.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Die SVP-Fraktion erwartet seitens des Gemeinderates keinen zusätzlichen Bericht. Wir wollen das Postulat erst dann abschreiben, wenn das Detailprojekt auf dem Tisch liegt und die Varianten berechnet worden sind.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Ich habe nach der Begründung der Postulanten vergessen, dem Gemeinderat das Wort zu erteilen. Bitte entschuldigt diese Unterlassungssünde!

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Besten Dank für die Zustimmung zur gemeinderätlichen Idee, ein neues und eigenes Verwaltungszentrum auf dem Tellareal zu realisieren. Ebenfalls besten Dank den Parlamentsmitgliedern, welche bereit sind, das vorliegende Postulat abzuschreiben.

Der Gemeinderat muss im Detail begründen, wie der Kostenvoranschlag für ein selbständiges Verwaltungszentrum aussieht. Im Finanzplan werden bereits erste Zahlen für ein Verwaltungszentrum aufgeführt. Auf dieser Basis kann der Gemeinderat entscheiden, ob er mit dem Geschäft "Verwaltungszentrum auf dem Tellareal" weiterfahren will oder nicht.

Wenn der Gemeinderat gleichzeitig noch die Variante "Miete" kalkulieren muss, dann muss primär ein Investor gefunden werden. Dieser Investor ist als dann für die Kosten zulasten der Gemeinde Ostermundigen verantwortlich. Das Ganze scheint den Gemeinderat eine sehr unsichere Sache zu sein. Einen Investoren zu finden, der sämtliche Kalkulationen vornimmt - mit dem Wissen, dass der Gemeinderat die Variante "Eigentum" bevorzugt - erleichtert die Situation bestimmt nicht.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Ernst Hirsiger (SVP), ich kann deine Bedenken durchaus verstehen. Doch das Postulat kann aus meiner Sicht durchaus abgeschrieben werden. Der Gemeinderat wird dem Parlament die Variante "Eigenbau" vorstellen. Gleichzeitig muss er die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten (Eigentum oder Miete) begründen können. Anschliessend kann sich das Parlament immer noch Pro oder Contra für die Vorlage entscheiden.

Ein Bericht zu erstellen, wie im Postulatstext im Prinzip verlangt wird, wäre keine sinnvolle Sache. Uns liegt heute eine Entscheidungsgrundlage für bestimmte Überlegungen vor; alles andere kommt später.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Ich habe nicht ganz verstanden, ob die SVP-Fraktion einen Antrag für "nicht abschreiben des Postulates" gestellt hat.

**Hirsiger Ernst (SVP):** Wir wollen das Postulat nicht abschreiben.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 9 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

1. Vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat der SVP-Fraktion betreffend Miete oder Kauf eines Verwaltungszentrums wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

10.3.72      Motionen  
30.4.86      Verschiedene Anlagen

**80. Motion H. Schoop (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend notwendige neue(r) Standort(e) Gemeindebibliothek und Ludothek ab 2015 bzw. 2016; Stand der entsprechenden Infrastrukturplanung (inkl. Option Schützenhaus Oberfeld) und Bekennung zu den Institutionen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

**Henrik Schoop (FDP):** "Nägel mit Köpfen" machen; dies würde mit einer Überweisung der Motion erreicht. Die Gemeindebibliothek und die Ludothek hätten somit Planungssicherheit und die Unterstützung seitens der Politik. Es ist nicht zu vergessen, dass diese zu den zwei wichtigsten Institutionen in der Gemeinde Ostermundigen zählen. Es wäre fatal, wenn dieses Angebot in Zukunft fehlt. Jede fünfte Ostermundigerin und jeder fünfte Ostermundiger benutzen das Angebot. In der Gemeindebibliothek werden 60'000 Medien angeboten.

Nach Rücksprache mit den Betreibenden, sollte eine Zwischenlösung unbedingt vermieden werden. Der Gemeinderat hat einen sportlichen Zeitplan vorgeschlagen. Welche Variante zum Tragen kommt, werden die Institutionen und natürlich die finanziellen Rahmenbedingungen entscheiden. Wir sind guten Mutes, hier eine gemeinsame Lösung zu finden.

**Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP):** Auch der Gemeinderat will "Nägel mit Köpfen" einschlagen. Die Kosten sind für den Gemeinderat ebenfalls von zentraler Bedeutung. Es soll nur die Variante "Schützenhaus" geprüft werden; andere Optionen sind ebenfalls noch offen. Der Gemeinderat sieht sich hier in der Pflicht, ein Optimum herauszuholen, sowohl bei der Standortfrage, wie auch von Seiten der Kosten. Beide Institutionen machen Sinn. Der Gemeinderat möchte möglichst ohne Zwischenlösungen weiterfahren können.

Ich möchte beliebt machen, den gestellten Forderungen zuzustimmen, damit der Gemeinderat die Motion in den Verwaltungsapparat einfliessen lassen kann.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion stimmen dem Geschäft zu. Für uns ist es wichtig, dass die Gemeinde Ostermundigen eine Bibliothek und eine Ludothek der Bevölkerung anbieten kann. Es sind wichtige Einrichtungen für die Bevölkerung und bieten einen gewissen Standortvorteil für die Gemeinde Ostermundigen. Wir sind jedoch auch der Auffassung, Ruhe zu bewahren. Die Eigentümerschaft des heutigen Standortes Untere Zollgasse 1 berichtet schon seit mehr als 10 Jahren von Investitionen in die Liegenschaft, doch seither ist sehr viel Wasser die Aare hinunter geflossen und nichts ist passiert.

Eine Variante ohne Zwischenlösung muss angestrebt werden. Doch eine gute Zwischenlösung scheint mir akzeptabel zu sein. Schliesslich geht es primär darum, dass das Angebot nicht verschwindet.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion bevorzugt die Variante "integriert in einem Dienstleistungszentrum". Sollte dereinst das Tellareal von der Verwaltung, der Bibliothek, der Ludothek etc. belegt werden, ist die Variante "Eigentum" zu bevorzugen.

**Sandra Löhner (CVP):** Auch die CVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Ich bin selber Kundin sowohl von der Bibliothek wie von der Ludothek. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat zu den beiden Institution steht und das im Bewusstsein, dass diese die Gemeindefinanzen belasten werden. Das Angebot spricht nicht nur die Jugendlichen an. Auch die Erwachsenen kommen auf ihre Rechnung. Wer das Angebot nicht kennt, dem sei empfohlen, eine Spielnacht zu besuchen. Auch das Angebot in der Bibliothek ist für jung und alt ausgerichtet.

Unsere Umfrage anlässlich des Herbstmärts hat gezeigt, dass die Bevölkerung zu beiden Institutionen steht. Ebenfalls aus diesem Grund müssen diese möglichst zentral und ohne Übergangslösung erhalten bleiben.

**Walter Zysset (SVP):** Die SVP-Fraktion kann der Motion zustimmen und wird sie ebenfalls unterstützen.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion Henrik Schoop (FDP) betreffend Notwendige neue(r) Standort(e) Gemeindebibliothek und Ludothek ab 2015 bzw. 2016: Stand von entsprechenden Infrastrukturplanungen (inkl. Option Schützenhaus Oberfeld) wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

10.3.72 Motionen  
20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

## **81. Überparteiliche Motion betreffend Wiedereinführung der Vereinsbeiträge; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst will sich der zuständige Departementsvorsteher zum Geschäft äussern.

**Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Andreas Thomann (SP):** Wie sie der Botschaft zu diesem Geschäft entnehmen konnten, waren zum Zeitpunkt der schriftlichen Beantwortung dieser Motion wichtige Entscheidungen des Gemeinderates noch ausstehend. Diese haben jedoch, wie bereits in der Botschaft angekündigt, inzwischen stattgefunden und ich möchte das Parlament gerne darüber informieren.

1. Der Gemeinderat hat auf Antrag des Departements Bildung, Kultur und Sport, sowie der Kulturkommission beschlossen, die wiederkehrenden Vereinsbeiträge wieder ins Budget 2013 aufzunehmen.
2. Infolge der noch anhaltenden finanziellen Schieflage der Gemeinde können die Beiträge jedoch nicht mehr gemäss der gültigen „Richtlinie betreffend freiwillige wiederkehrende Gemeindebeiträge“ vom 1. Januar 2007 vergeben werden. Diese Richtlinie wurde auch vor einem Jahr bereits durch die Sparbeschlüsse von Gemeinderat und Parlament ausser Kraft gesetzt.
3. Die Abteilung Bildung, Kultur, Sport hat als Anlaufstelle der Vereine sich bereits im laufenden Jahr Gedanken zur einer möglichen Vereinsfinanzierung gemacht und deshalb einen veränderten Verteilschlüssel erarbeitet. Dieser Schlüssel wurde durch die Kulturkommission einstimmig genehmigt.
4. Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 9. Oktober 2012 dem entsprechenden Vorschlag zugestimmt und gleichzeitig der Kulturkommission den Auftrag erteilt, ab dem 1.1.2013 das Reglement über wiederkehrende Vereinsbeiträge zu überarbeiten.
5. Folgende neue Kriterien wurden für den Verteilschlüssel angewandt:
  - a. Beiträge, die für einen Verein von existentieller Bedeutung sind. (Das betrifft: Musik und Orchestervereine, Gesangsvereine, übrige kulturelle Vereine)
  - b. Beiträge deren Streichung keine Existenz bedroht (Grundpauschale 280 Franken pro Verein). (Das betrifft: Grundpauschale an die Sportvereine, gemeinnützige und Interessenvereine)
  - c. Beiträge an Vereine, die an grössere Organisationen angebunden sind. (Das betrifft: Kirchenchöre)

Fazit: Von den ursprünglich Fr. 40'100.-- nach altem Verteiler berechneten Beträgen werden durch diesen neuen Verteilschlüssel Fr. 12'000.-- eingespart.

Die Vereine, die mit diesen Kürzungen leben müssen, sind aber dadurch nicht in ihrer Existenz bedroht!



Neu sind im Budget 2013 wieder Fr. 28'100.-- aufgenommen worden. Es erhalten:

- Musik und Orchestervereine Fr. 16'400.--
- Gesangsvereine Fr. 7'700.--
- übrige kulturelle Vereine Fr. 4'000.--

Der Gemeinderat hat auch die Jugendbeiträge an die Vereine (diese wurden im letzten Jahr nicht gestrichen) wieder unverändert ins Budget 2013 aufgenommen.

**Henrik Schoop (FDP):** "Nicht mehr ausgeben als es die Finanzen zulassen" - dieser Grundsatz hat für die Gemeindefinanzen zu gelten! Ebenso der Auftrag, die verfügbaren Mittel effizient und wirkungsorientiert einzusetzen. Bei jährlichen Ausgaben von 90 Mio. Franken sind die Vereinsbeiträge keine Ausgaben, sondern Investitionen in das aktive Vereinsleben. In anderen Orten soll die Gemeinde Ostermundigen für Neuzuziehende attraktiv bleiben.

Der Betrag von Fr. 39'300.-- resp. Fr. 27'000.-- soll als Anerkennung für das Interesse am Gemeindewohl verstanden werden. Die überparteiliche Motion spricht diesen Sachverhalt an und der Gemeinderat soll an die Zielsetzungen für die Entwicklung der Gemeinde Ostermundigen erinnert werden.

Leider wurde beim Sparpaket 2012 dieser Betrag übersehen bzw. undifferenziert dem Sparpaket zugeteilt. Der Lerneffekt ist umso grösser, als mit den Investitionen langfristige Einsparungen erzielt werden können.

Die strukturellen Probleme bei den Finanzen zwingen uns immer wieder zu sachgemäßem Umgang und das auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Ich danke für die Stellungnahme des Gemeinderates und hoffe auf die Unterstützung von Seiten Parlament.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die CVP-Fraktion stimmt der gemeinderätlichen Antwort zu. Wir danken dem Gemeinderat, dass er sich dem Missstand angenommen und ein neues Konzept erarbeitet hat.

**Rahel Wagner (EVP):** Die EVP-Fraktion stimmt der vorliegenden Motion nicht zu. Weshalb? Vor einem Jahr wurden im Budget 2012 die Vereinsbeiträge gestrichen, mit Ausnahme der Jugendbeiträge. Ausser Lucia Müller (SVP), welche sich bei der Budgetabstimmung mit einer persönlichen Erklärung gegen die Streichung wehrte, hat keine Partei ein Wort dazu verloren. Wie schnell sich die Zeiten und Meinungen ändern können, zeigt die vorliegende Motion, welche die Vereinsbeiträge wieder im bisherigen Umfang oder allenfalls neu angepasst ins Budget aufnehmen will. Was ist der Grund dafür? Ich kann mir nicht so recht vorstellen, dass es nur die in der Motion angegebenen Gründe sind. Denn, dass unsere Vereine ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Gemeinde bezüglich Gemeinschaft, Pflege der Kultur, Integration etc. sind, wurde zu keiner Zeit bestritten. Dass nun auch der Gemeinderat bereit ist, die Motion entgegen zu nehmen, stimmt mich nachdenklich. Er hat ja diese Streichungen letztes Jahr dem Grossen Gemeinderat mit dem Budget beantragt.

Was ist die Meinung der EVP-Fraktion?

Die EVP-Fraktion ist überzeugt von der wichtigen Funktion der Vereine in den politischen Gemeinden. Wir Fraktionsmitglieder sind selbst in vielen verschiedenen Vereinen tätig respektive zahlende Passivmitglieder und wissen, dass es nicht leicht ist, auf die Gemeindebeiträge verzichten zu müssen.

Es ist eine Tatsache, dass - neben vielen anderen Institutionen - die Vereine die Schwanzspitze einer langen Kette von Sparbemühungen sind. So sollen denn die Beiträge auch nur so lange gestrichen werden, wie die Gemeinde finanzielle Schwierigkeiten hat. Die EVP-Fraktion ist zudem überzeugt, dass die Vereine nicht wegen des finanziellen Beitrages der Gemeinde bestehen, sondern weil ihre Mitglieder ein grosses Interesse an der Existenz ihres Vereins haben. Es sind Gemeinschaften, wo man seine Hobbys und Überzeugungen leben kann und einen wichtigen Teil seiner Freizeit einbringt. Dass gewisse Vereine wegen eines fehlenden Gemeindebeitrages aufgelöst werden müssen, glaube ich nicht. Es gibt auch hier Wege, die nötigen Finanzen zusammenbringen zu können. Ich erlebe dies grad jetzt in einem Verein, wie plötzlich neue Ideen zur Mittelbeschaffung auftauchen. Das Hauptproblem der meisten Vereine sind die stagnierenden oder zurückgehenden Mitgliederzahlen. Die Mitgliederbeiträge sinken und es wird immer schwieriger, Mitglieder zu finden, die sich im Vorstand engagieren. Und dies ist in erster Linie eine Frage unserer heutigen Gesellschaft: Konsum statt persönlichem Einsatz, Gleichgültigkeit und immer wieder die Frage, was es einem finanziell bringt.

Dass Beitragsstreichungen der Gemeinde und überhaupt alle Sparbemühungen immer jemanden treffen, der vorher profitiert hat, liegt in der Natur der Sache. Sparen ja, aber nicht da wo es einen selbst betrifft. Wir Politiker haben die Aufgabe, auch unangenehme Beschlüsse zu fassen, die einem - vielleicht gerade in einem Wahljahr - äusserst unwillkommen sind.

Natürlich kann man sich fragen, ob die Vereinsbeiträge gerade das sind, was die Gemeinde einsparen muss. Am liebsten würde man bei grossen Beträgen ansetzen. Aber stellen Sie sich die Reaktionen der Bevölkerung vor, wenn man den Strassenunterhalt vernachlässigen oder das Freibad schliessen würde, den achtlos weggeworfenen Müll (Stichwort "Littering") nicht mehr entsorgen und an Weihnachten der wunderschöne Baum bei der Dreieckanlage nicht mit Lichtern geschmückt würde. Überall würde es heissen, dass man da am falschen Ort spart. Also, wo soll man bei diesem leidigen Thema „Sparen“ anfangen?

Ich hatte die Möglichkeit, als GPK-Mitglied bei der ersten Lesung des Budgets 2013 mitzuwirken. Ich kann Ihnen sagen, dass hier zum Teil um 200 Franken gerungen wurde, ganz nach dem Motto „Wer den Rappen nicht ehrt, ist des Frankens nicht wert.“ Was hier noch anzufügen ist: Die Mitglieder des Gemeinderates haben 2012 auf ihre Sitzungsgelder verzichtet!

Die EVP-Fraktion stösst ihren Entscheid vom letzten Jahr nicht um. Wir nehmen dafür die Kritik vieler Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger in Kauf. Den Vereinen trauen wir es zu, dass sie trotz der fehlenden finanziellen Unterstützung durch die Gemeinde an ihrem Einsatz zur Erfüllung des Zwecks und ihrer Ziele festhalten. Dafür danken wir allen Vereinen in unserer Gemeinde von Herzen.

Und dass meine heutigen Worte nicht leer bleiben, verzichte ich - ganz persönlich - auf alle Sitzungsgelder, die mir 2013 - vorausgesetzt ich werde wieder gewählt - zustehen würden.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Heute Abend sprechen wir vordergründig über die Wiedereinführung von Vereinsbeiträgen, welche für das Jahr 2012, je nach Sichtweise, bedauerlicherweise einer wenig sinnvollen Sparübung zum Opfer gefallen sind. Streng genommen müssten wir uns aber über die Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen, Sinn und Zweck von freiwilligen Beiträgen der Gemeinde und die Vergabep Praxis der Gemeinde und nicht zuletzt über die Bereitschaft der Gemeinderäte aller Parteien, einmal beschlossene Sparmassnahmen konsequent mitzutragen, unterhalten.

Da wir uns in einem Wahljahr befinden, kann diese Motion politisch zu einem Bekenntnis für oder gegen die Dorfvereine missbraucht werden. Mit einer theatralischen Durchführung einer Abstimmung mit Namensaufruf könnte man alle Ratsmitglieder unter Druck setzen, die vielleicht nicht nur ihre Wiederwahl im Hinterkopf haben, sondern grundsätzlichere Überlegungen anstellen.

Bei den gestrichenen Vereinsbeiträgen handelt es sich, wie die anwesenden Ratsmitglieder im Saal alle wissen, um „freiwillige Beiträge“ der Gemeinde Ostermundigen an Dritte. Sie müssen also nicht ausgerichtet werden. Die freiwilligen Beiträge sind der Honigtopf der Gemeinde für die begünstigten Empfänger. Sie belaufen sich aktuell auf mindestens auf 2,5 Mio. Franken und sind jährlich wiederkehrend. Dadurch haben sich die Empfänger daran gewöhnt, diese bei ihren Einnahmen fest zu budgetieren. Sie haben gewissermassen Subventionscharakter. Bei diesen Voraussetzungen ist es mehr als verständlich, wenn die unerwartet von Streichungen oder Kürzungen betroffenen Vereine aufheulen.

Die Gemeinde Ostermundigen schüttet aber mit ihren freiwilligen Beiträgen jährlich Geld aus, das zurzeit nicht mit entsprechenden Einnahmen gedeckt ist. Sie verschenkt somit Geld, das sie eigentlich gar nicht hat. Würde sie für das Jahr 2013 sämtliche freiwilligen Beiträge streichen, könnte sie mit grosser Wahrscheinlichkeit ein ausgeglichenes Budget vorweisen.

Die SVP-Fraktion hat an ihrer Sitzung intensiv und kontrovers über die Motion diskutiert. Die Befürworter und Gegner der Motion waren zahlenmässig gleich stark. Wir haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Ich lege bei dieser Ausgangslage Wert auf die Feststellung, dass auch die Motionsgegner in unseren Reihen den Nutzen der Dorfvereine für das Gemeinschaftsleben und den Zusammenhalt in unserer Gemeinde in keiner Art und Weise verkennen und es in unserer Partei wie vermutlich auch in anderen Ortsparteien spendable Gönner für die Dorfvereine gibt.

**Colette Nova (SP):** Die beiden letzten Voten haben deutlich gemacht, dass das vorliegende Geschäft nicht ganz so einfach ist. Wir befinden uns in einem Wahlkampfjahr. Momentan sind wir auch in den Vordiskussionen für das Budget 2013. Die Streichung der Vereinsbeiträge wurde von fast allen Parteien befürwortet. Der Beschluss wurde schweren Herzens gefasst. Es ist ein Gerücht, dass die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion diesen Entscheid vorangetrieben haben soll.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist erfreut über die Tatsache, dass der Gemeinderat die Vereinsbeiträge wieder verstärken will und das trotz der finanziell schwierigen Situation. Wir können der vorliegenden Motion zustimmen. Der Wortlaut der Motion ist offen formuliert: *...können gemäss der letztmals massgebenden Praxis im Jahr 2011 oder allenfalls mit neu angepasster Praxis ausgerichtet werden.* Zum Glück nicht alles wie vorher, sondern eine Praxisanpassung wird gewünscht. Sehr schwierig für uns Parlamentsmitglieder ist die angepasste

Praxis; wir kennen die Absichten des Gemeinderates nicht. Wir wissen heute noch nicht, ob sich die Gemeinde Ostermundigen diese Beiträge überhaupt wieder leisten kann oder nicht. Dies ist Teil der vorhandenen Schwierigkeiten.

Ernst Hirsiger (SVP) hat ebenfalls erwähnt, dass wenn alle freiwilligen Beiträge gestrichen werden, bedeutet das kein Freibad mehr, keine Bibliothek und Ludothek mehr usw.. Die Finanzdisziplin ist nicht ganz so einfach; wir begehen hier eine Gratwanderung.

Ich habe noch ein Anliegen an den Gemeinderat. Wir haben mündlich die Ausführungen gehört. Ich möchte beliebt machen, dass in der gemeinderätlichen Botschaft "Budget 2013" in einem Begleitschreiben über die vorgesehene Wiedereinführung der Vereinsbeiträge informiert wird.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Das die Vereinsbeiträge so rigoros gestrichen worden sind, finde ich ein Fehler seitens des Parlamentes. Die schlechten Finanzzahlen müssen angegangen werden. Dem Druck vom Gremium des "Runden Tisches", welcher nicht auf demokratische Art und Weise Sachen manipulieren wollte, hat sich das das Parlament gebeugt. Ich bin enttäuscht; auch von mir als Parlamentsmitglied.

Es ist fehlerhaft, die Vereinsbeiträge mit der Beleuchtung des Tannenbaumes gleichzustellen. Die Argumentation von Rahel Wagner (EVP) kann ich verstehen, doch der Nutzen der Vereine ist bedeutend höher als brennende Kerzen.

Dieses Jahr wurde beschlossen, das Projekt „Wirkungsorientierte Verwaltungsführung“ aufzugeben. Führen wir Parlamentsmitgliedern ein eigenes System ein: MOP = "Menschenorientierte Politik." Dafür sind wir vom Volk gewählt.

**Eduard Rippstein (CVP):** Der Vorwurf von Bruno Grossniklaus (SP) lasse ich nicht gelten. Der runde Tisch war ein demokratisches System. Das Ziel wurde nicht erreicht, doch die demokratischen Spielregeln wurden stets eingehalten.

Ich bin Mitunterzeichner der überparteilichen Motion und möchte meine persönliche Meinung dem Parlament kundtun: Ich habe im letzten Jahr mitgeholfen, die Vereinsbeiträge zu streichen. Dieser Vorgang kann als unbedacht gewertet werden. Es ist ein Verstoß gegen Treu und Glauben den Vereinen gegenüber. Die Vereine haben Profis angestellt, welche finanziell entschädigt werden müssen. Die Kulturvereine haben Dirigenten angestellt und diese müssen bezahlt werden - dafür reicht das "Kulturkässeli" nicht aus.

Ich bin bereit, den Vereinen ein Stück weit entgegen zu kommen. Wir unterstützen die städtischen Kulturinstitutionen mit viel mehr Geld als die Vereine von Ostermundigen.

**1. Vizepräsidentin Lucia Müller (SVP):** Zum scharfen Votum von Bruno Grossenbacher (SP): Der Runde Tisch ist doch genau DAS demokratische Mittel bei der Suche nach Kompromissen, die für alle tragbar sind.

Zum Votum von Rahel Wagner (EVP): Nicht die Meinung hier im Parlament hat sich meiner Auffassung nach geändert, aber die Erkenntnis ist eingetreten, dass keiner mit den effektiven Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen gerechnet hat.

Dieses Beispiel zeigt mir eindrücklich, wie eminent wichtig es ist, dass wir Ratsmitglieder uns immer ganz genau die Konsequenzen unserer Entscheide bewusst machen müssen.

Wo sollen wir den sparen? Auswärtige Beraterhonorare bieten aus meiner Sicht durchaus ein Feld der möglichen Sparmassnahmen.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Ich habe wohl einige mit meiner Aussage schockiert. Es ist legitim, dass sich einige Parlamentsmitglieder parteiübergreifend zusammenschliessen und Sachen diskutieren. Wir alle haben diverse Meinungen vertreten und diese wurden dem Gemeinderat kundgetan.

**Silvia Fels (EVP):** Ich möchte nur bemerken, dass wir von der EVP-Fraktion nicht die Vereine unterstützen wollen, das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen den Weihnachtsbaum auch nicht den Leuten vorziehen. Es gibt noch andere Möglichkeiten, wie die Vereine finanziell unterstützt werden können: Die Vereine können günstiger Lokale mieten, die Turnhallen können verbilligt benutzt werden etc.. Ich möchte dem Parlament beliebt machen, an dem gefassten Beschluss festzuhalten.

**Christian Zeyer (SP):** Über die Demokratie kann man gut streiten. Fakt ist, die Diskussionen über die Finanzen sind nie einfach zu führen. Auch bei der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion sind die Voten hoch gegangen. Wir müssen miteinander auch über schwierigere Themen diskutieren können.

**Norbert Riesen (SP):** Ich möchte noch etwas zur grundsätzlichen Lehre bei diesem Geschäft erwähnen. Das Votum des Departementsvorstehers Bildung, Kultur, Sport ist gut gelungen. Das Vorgehen sollte zum Normalfall werden resp. Alternativen und konkrete Vorschläge sollten offengelegt werden. Ich finde es schade, dass der Gemeinderat dem Parlament ein Budget vorgeschlagen und gleichzeitig die Unterstützungsbeiträge für die Vereine zum Abschluss freigegeben hat. Gleichzeitig hätten auch die Alternativen oder die milderen Formen kommuniziert werden müssen.

Zum Votum von Henrik Schoop (FDP): Der politische Vorstoss ist gut gemeint. Du gehörtest im letzten Dezember noch nicht dem Grossen Gemeinderat an und hättest das Abstimmungsresultat auch nicht kehren können.

Resumé: Welchen Wert haben die Vereine in der Gemeinde Ostermundigen - sparen oder investieren? Das ist die absolut entscheidende Frage. Von einem Sparen kann hier nicht gesprochen werden. Wir müssen primär in das Vereinsleben investieren, um später ernten zu können. Die Idee ist falsch, eine Ausgabe mit Investitionscharakter den reinen Sparbeiträgen gleichzustellen.

**Colette Nova (SP):** Der Vollständigkeit halber möchte ich noch erwähnen, dass die Vereinsbeiträge der Gemeinde Ostermundigen nicht die einzigen Geldwertleistungen sind. Die Gemeinde stellt ebenfalls Räumlichkeiten gratis oder vergünstigt zur Verfügung. Ich will keine

Kritik anbringen, doch der Gemeinderat erbringt noch mehr Leistungen zugunsten der Vereine. Dieser Sachverhalt ist wichtig und gilt es ebenfalls zu berücksichtigen.

**Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Andreas Thomann (SP):** Besten Dank für die Überweisung der Motion. Ich danke aber auch, dass das Parlament sich so lange und so intensiv mit dem Thema befasst hat.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 10 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die überparteiliche Motion betreffend Wiedereinführung der Vereinsbeiträge wird erheblich erklärt und zur Weiterbearbeitung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72      Motionen  
30.4.60      Saalbau TELL

## **82. Motion N. Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Saalbewirtschaftung während dem Bau des geplanten Verwaltungszentrums auf dem Tellareal; Erheblicherklärung/ Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Vor der inhaltlichen Diskussion will ich nicht Stellung zum Geschäft nehmen. Doch ich möchte noch eine Korrektur anbringen. In der Stellungnahme des Gemeinderates wird vom *Westflügel des Schützenhauses* gesprochen. Es geht jedoch um den Ostflügel des Schützenhauses.

<sup>3)</sup>

**Norbert Riesen (SP):** Ich bin von der gemeinderätlichen Stellungnahme sehr erfreut. Sehr viele Anregungen wurden vom Gemeinderat aufgenommen. Entscheidend für mich ist, dass die Motion vom Parlament erheblich erklärt wird. Dadurch wird ein deutliches Zeichen für die Bedeutung der Vereine gesetzt. Ich bin froh, dass der Gemeinderat die aufgeführten Ideen prüfen will. Die Nutzung des Schützenhauses kann heute nicht beurteilt werden. Wie gross ist der Saal, mit welchen finanziellen Aufwendungen muss gerechnet werden etc.? Ich habe heute auch keine Finanzierungsvorschläge erwartet. Die Motion ist ein klares Zeichen für die Vereine nach dem Motto "Wir finden eine Lösung für alle". Ich wäre einverstanden, wenn die Motion erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben wird.

**Rahel Wagner (EVP):** Beim lesen der Motion ist bei mir der Eindruck entstanden, dass der Gemeinderat als dumm verkauft werden soll. Der Gemeinderat ist an der Erarbeitung eines Saalkonzeptes und dieser Sachverhalt war allen bekannt. Wieso musste jetzt noch eine Motion eingereicht werden? Eine Interpellation oder eine einfache Anfrage hätte der Sache Genüge getan!

**Norbert Riesen (SP):** Rahel Wagner, mich kann man alles Fragen und ich gebe auch gerne Antwort. Wir haben im Jahre 2008 die Anfrage beim Gemeinderat deponiert (inkl. Saalkonzept). Bis heute haben wir vom Gemeinderat keine Antworten erhalten. Was gibt es für eine stärkere Form als die Motion?

**Christian Zeyer (SP):** Ich bin um die eingereichte Motion ebenfalls froh. Über die Motion kann im Parlament diskutiert werden, was bei einer Interpellation oder einer einfachen Anfrage noch so leicht möglich ist.

---

<sup>3)</sup> 20.20 Uhr: Peter Wagner (EVP) verlässt die Sitzung. Es sind noch 35 Ratsmitglieder anwesend.

Ich möchte noch zu der Preissumme von Fr. 200'000.-- eine Stellungnahme abgeben. Die Motion ist für die Vereine bestimmt wichtig. Allerdings möchte ich meine Stellungnahme nicht als SP-Vertreter, sondern als Vertreter der Wohnbaugenossenschaft Oberfeld verstanden wissen. Die Preissumme für den gewonnenen Wettbewerb ESP-Wohnen sollte spezifisch für das Quartier eingesetzt werden. Das Quartier kann die Aufwertungen durchaus gebrauchen. Ich finde einen Saal gut, aber ob dieser im Schützenhaus oder 100 Meter weiter entfernt erstellt wird, stellt für die Bewohnerinnen und Bewohnern des Oberfeldes keinen allzu grossen Unterschied dar. Der kantonale Preis von "ESP Wohnen" kann sinnvoller eingesetzt werden. Die Mehrwertabschöpfung aus den Spezialfinanzierungen muss lokal benutzt werden und das ist mit der Wettbewerbssumme ebenfalls so.

Es geht bei der vorliegenden Motion jedoch nicht um die Finanzierung, sondern dass ein Ersatzkonzept für den Saal erarbeitet wird. Es kann nicht sein, dass das Preisgeld für dieses Konzept verwendet wird. Das ist aus meiner Sicht eine Schlaumeierei des Gemeinderates.

**Eduard Rippstein (CVP):** Vor Jahren gab es eine Arbeitsgruppe "Saalkonzept". Da wurde festgestellt, dass die Gemeinde Ostermundigen mehr als ein Saal gebrauchen kann: Ein Saal mit der Infrastruktur des Tells und ein Saal mit weniger Infrastruktur. Wenn beim heutigen Schützenhaus ein Saal mit weniger Infrastruktur errichtet und dieser auch anderweitig genutzt werden kann, dann profitiert die Gemeinde Ostermundigen sehr wohl von diesem Angebot.

**Norbert Riesen (SP):** Ich muss gewisse Selbstkritik üben: Ich habe einen Fehler gemacht. Ich bin mit dem gemeinderätlichen Beschluss einverstanden. Die Motion soll weiterbehandelt und natürlich nicht als erledigt abgeschrieben werden. Damit kommen wir auch dem Anliegen von Christian Zeyer (SP) entgegen. Wir wollen eine Weiterbearbeitung des Themas durch den Gemeinderat.

**Christian Zeyer (SP):** Lieber Eduard Rippstein (CVP), es ist ganz offensichtlich so, dass der Saal für alle Bürgerinnen und Bürger von Ostermundigen bestimmt ist. Sollte dereinst ein Ersatzstandort für den Tell erstellt sein, kann die Infrastruktur im Oberfeld - je nach der finanziellen Situation der Gemeinde Ostermundigen - bestehen bleiben oder verschwinden. Dieser Sachverhalt ist komisch und stellt gewisse Fragen in den Raum. Das Geld ist weg und es entsteht kein bleibender Wert für das Oberfeld. In diesem Sinn - bitte Gemeinderat, denke an deine Worte.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die Frage "Saal beim Schützenhaus" hat letztendlich das Parlament zu entscheiden (Finanzkompetenz für Mietkosten).

Dem Votum von Christian Zeyer (SP) möchte ich anfügen, dass der kantonale ESP-Wohnen-Wettbewerb nur Gemeinden und nicht private Bauherrschaften gewinnen. Gemeinden mit einer aktiven Entwicklung in der Wohnbautätigkeit sowie der Wohnqualität werden mit dem Preis entschädigt. Das Gebiet Oberfeld wird mit einer autofreien Siedlung bestückt. Dabei musste die Gemeinde Ostermundigen die entsprechende Richtplanung einleiten. Die Gemeinde Ostermundigen ist die erste Gemeinde, die ein autofreies Wohnen in dieser Art zu-



lässt. Auf Kosten der Gemeinde Ostermundigen wurde zusammen mit den Bauherrschaften ein qualifiziertes Verfahren durchgeführt. Die Planungsbehörden werden weitere qualifizierte Verfahren durchführen.

Die Gemeinde Ostermundigen engagiert sich sehr wohl im Gebiet Oberfeld. Die Idee, die Preissumme in den Saal beim Schützenhaus zu verwenden, kommt nicht vom Gemeinderat. Diese Idee stammt vom Kanton. Die Gemeinde Ostermundigen soll mit weiteren qualifizierten Verfahren für die Qualitätssicherung im Quartier sorgen. Das Ganze entspricht sehr wohl den Zielsetzungen des Kantons. Demnächst wird die Vereinbarung zwischen Kanton und der Gemeinde Ostermundigen unterzeichnet, welche die Einsetzung der Preissumme festlegt.

Eine hypothetische Alternative für einen Saal inkl. Büroräumlichkeiten im Ostflügel des Schützenhauses wird sicher eine Aufwertung bringen. Wir alle wissen, dass der Tell nicht bereits morgen abgerissen wird. Das neue Verwaltungszentrum mit Saal auf dem Tellareal benötigt noch eine längere Planungs- resp. Bauphase. Wenn der Saal im Schützenhaus innert nützlicher Frist realisiert wird, so steht dieser für eine bestimmte Zeit der Gemeinde Ostermundigen zur Verfügung. Wenn er sich dann bewährt, dann können die zukünftigen Generationen resp. Behörden entscheiden, wie es diesbezüglich weitergehen soll.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion N. Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Saalbewirtschaftung während dem Bau des geplanten Verwaltungszentrums auf dem Tellareal wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72      Motionen  
50.8.71.40    Temporegelungen

### **83. Motion R. Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

**Rudolf Mahler (SP):** Lucia Müller (SVP) hat heute Abend erwähnt, dass wir viel Geld einsparen könnten, wenn nicht so viele externe Experten beigezogen werden. Oftmals müssen diese jedoch beigezogen werden. Dies wird auch im vorliegenden Geschäft der Fall sein. Es ist wohl unbestritten, dass auf den Strassen von Ostermundigen in Bezug auf die Tempolimiten ein Durcheinander feststellbar ist. Dies hat mich dazu bewogen, die Motion einzureichen und die Temporegelung durch eine Drittperson beurteilen zu lassen.

Ich bin froh, dass der Gemeinderat meine Meinung teilt und die Motion zur Bearbeitung annehmen will. Bis in zwei Jahren ist dem Parlament ein Konzept vorzulegen.

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliki Panayides (SVP):** Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Die Aussagen des Motionärs sind richtig und ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Es ist aber nicht nötig, ein komplett neues Verkehrsregime zu erarbeiten. Dort wo Handlungsbedarf besteht, wird punktuell versucht, mit Temporeduktionen zu reagieren. Diese Version ist sehr kostengünstig.

Trotzdem ist der Gemeinderat bereit, den Auftrag entgegen zu nehmen. Bereits im Grossen Rat des Kantons Bern wurden Vorstösse seitens der SP zu demselben Thema eingereicht. Das Ganze soll promotet werden. Wichtig ist es, den Rahmen dieses Geschäftes zu erkennen. Die Bedingungen von zwei Jahren erfordern aus der Sicht des Gemeinderates eine gewisse Flexibilität, d. h. die Entscheide des Projektes "Tram Region Bern" müssen in ein neues Verkehrsregime einfließen. Mit Tempo 30/50 sollte Tempo 40 nicht auch noch eine Rolle spielen. Ein Gesamtkonzept benötigt eine gewisse Flexibilität jedoch nicht mit sämtlichen möglichen Tempi. Der Handlungsspielraum ist dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen.

**Rudolf Mahler (SP):** Dieser Sachverhalt ist für mich als Motionär klar. Die Tempo 40er-Zonen sind an vielen Stellen richtig.

- Bei der Unfallstatistik muss ich widersprechen: 40 Fussgängerunfälle in fünf Jahren sind nicht wahnsinnig wenig.
- "Tram Region Bern": Die ganze Sache wird sich in den Quartieren abspielen. Die Synergien sind zu nutzen. Es geht nicht primär nur um die Bernstrasse.
- Situativ reagieren können: Diese Aussage ist schön und gut; doch auf diese Art entsteht die "Pflästerli-Politik". Auf der offenen und ungefährlichen Unterdorfstrasse gilt Tempo 40 und auf der schmalen Mitteldorfstrasse (Schulweg) ist Tempo 50 erlaubt. Beim Kin-

dergarten an der Alpenstrasse ist ebenfalls Tempo 50 zulässig. Diese Misstände müssen im ganzen Konsens betrachtet und behoben werden.

- Zuerst ist innerhalb von zwei Jahren ein Konzept zu erarbeiten. Anschliessend können die verschiedenen Massnahmen realisiert werden. Dass das Ganze auch einen finanziellen Aufwand nach sich zieht, ist mir durchaus bewusst.

**Beat Leumann (FDP):** Ich finde es grundsätzlich gut, dass die Verkehrssicherheit der Schülerinnen und Schüler verbessert wird. Auch die anderen Verkehrsteilnehmenden werden davon profitieren können. Fakt ist jedoch, dass die Anwohnerschaften an der Hubelstrasse, den Dennigkofenweg nicht passieren dürfen. Der Umweg vom Schulhaus Dennigkofen in den Hubel beträgt über 2,5 km. Wo wird da dem Umweltschutzgedanken Rechnung getragen?

Mir soll jemand zeigen, wie mit Tempo 50 durch die Alpenstrasse gefahren werden kann. Irgendwie passt das Ganze nicht richtig zusammen.

**1. Vizepräsidentin Lucia Müller (SVP):** An der Alpenstrasse gilt Tempo 30 und nicht 50. Vielleicht hat Rudolf Mahler (SP) die Bahnhofstrasse gemeint.

Das grundlegende Anliegen der Motion - eine bessere Vereinheitlichung bei den Geschwindigkeitsbeschränkungen auf dem gesamten Gemeindegebiet - teilt auch die SVP-Fraktion.

Der Gemeinderat zeigt in seiner Antwort auf, dass akuter Handlungsbedarf im Gesamtverkehrskonzept nicht gegeben ist. Dem stimmt die SVP-Fraktion nicht vollumfänglich zu. Da jedoch ohnehin im Zusammenhang mit der Sanierung der Bernstrasse und gegebenenfalls der Realisierung der Tramlinie eine umfassende Neukonzeptierung erfolgen wird, findet die SVP-Fraktion auch, dass dieses Geschäft im Wunschbedarf angesiedelt ist und noch bis dahin warten kann. Die finanziellen Aspekte sind in Anbetracht der aktuell bereits erfreulich guten Verkehrssicherheitssituation in unserer Gemeinde und den bereits eingeleiteten Massnahmen nicht ausser Acht zu lassen, zumal der Motionär gleich auch wieder einen externen Berater hinzuziehen möchte, was wir klar nicht unterstützen.

Jene Anliegen des Motionärs, welche auch die SVP-Fraktion mitträgt, werden mit den aufgezeigten Plänen und bereits eingeleiteten Massnahmen des Gemeinderats mittelfristig aufgenommen und deshalb werden wir der Überweisung der Motion nur zustimmen, wenn der Motionär bereit ist, auf den Punkt „Zuzug eines externen Beraters“ zu verzichten. Wir können auf gutes und qualifiziertes Verwaltungspersonal zurückgreifen!

**Christian Zeyer (SP):** Ich war heute wieder einmal mit dem Auto unterwegs gewesen. Mir ist etwas aufgefallen: Der Tachometer hat zwei rote Striche - einer bei Tempo 30 und einer bei Tempo 50. Wieso sind diese zwei roten Striche bzw. wieso hat es keinen roten Strich beim Tempo 40? Tempo 40 ist schweizweit ein Unikum der Gemeinde Ostermundigen. Dieser Sachverhalt lässt den Beizug eines externen Experten zu.

**Rudolf Mahler (SP):** Für die Errichtung einer Tempo 30-Zone ist ein externer Berater von Nöten. In diesem Fall muss ein Verkehrsgutachten zuhanden des Kantons errichtet werden. Ich bin auch der Auffassung, dass soviel wie möglich das Verwaltungspersonal erledigen soll-

te. Im vorliegenden Fall ist der Beizug eines externen Beraters eine übergeordnete Pflichtaufgabe.

**Esther Schaller (FORUM):** Wann kommt die vom Gemeinderat versprochene Tempo 40-Reduktion in der Einfahrtsachse Rörswil? Der Gemeinderat hat bereits viele Sachen versprochen und diese dann nicht eingehalten.

**Eduard Rippstein (CVP):** Wir von der CVP-Fraktion unterstützen die Motion. Auch wir sind der Auffassung, dass wir auf gutes und qualifiziertes Verwaltungspersonal zurückgreifen können. Ein Konzept kann von der Abteilung Öffentliche Sicherheit erstellt und anschliessend von einem externen Berater überprüft werden.

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliki Panayides (SVP):** Ich möchte noch zu den vorerwähnten Voten Stellung nehmen:

- Verkehrsunfälle: Diese will der Gemeinderat nicht bagatellisieren. Es besteht kein akuter Bedarf für ein Gesamtkonzept. An Stellen wo Handlungsbedarf erkennbar ist, ist der Gemeinderat stets bereit zu handeln.
- Votum von Esther Schaller (FORUM): Hier ist verwaltungsinterne Koordination zwischen den zwei Abteilungen erforderlich. Der Sachverhalt ist bekannt und der Gemeinderat wird sich der Sache annehmen.
- Der Vorschlag von Eduard Rippstein (CVP) wird begrüsst. Ein erster Schritt ist verwaltungsintern (mit den entsprechenden Kommissionen) zu lancieren. Anschliessend kann ein externer Berater immer noch beigezogen werden.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 29 zu 6 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion R. Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72      Motionen  
30.0.52      Energiekonzept (früher: 30.52)

#### **84. Motion Ch. Zeyer (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mit der Sonne bauen"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

**Christian Zeyer (SP):** Ich bin froh, dass die Legislatur bald zu Ende ist und mit mir wohl auch der Gemeinderat. Eigentlich habe ich mich heute Abend nicht aufregen wollen. Jetzt rege ich mich bereits zum zweiten Mal auf.

Wir haben über Beschaffungen im Sektor IT (siehe Traktandum Nr. 75) diskutiert und ich stelle immer wieder dieselbe Frage:

*...was hat sich der Gemeinderat dabei gedacht...* und ich erhalte stets die gleiche Antwort: *...das ist hier nicht so wichtig.* Das ist aber für die Energiestadt Ostermundigen ein zentraler Punkt. Wenn etwas angeschafft worden ist, kann im Nachhinein nicht noch der Verbrauch hinterfragt werden. ICT ist ein Bereich mit einem meiststeigenden Verbrauch und gleichzeitig sind hier enorme Effizienzpotenziale vorhanden. Die Frage hätte gestellt werden sollen und das ist schade.

Ich habe die Motion genau aus diesem Grund verfasst, da das Thema "Energie" in den letzten drei Fällen im Planungsbereich nicht adäquat behandelt worden ist. Beim Tellareal, bei der Testplanung Bären und bei der ZPP Schwandi wurden seitens Gemeinderat immer wieder Ausreden vorgebracht.

Ich wünsche mir, dass in der nächsten Legislatur dem Thema "Energie" von Anfang an genügend Beachtung geschenkt wird, als dann kann viel Geld eingespart werden.

Ich finde es gut, dass der Gemeinderat die Motion übernehmen will. Ich finde es schlecht, dass er die Motion bereits abzuschreiben gedenkt. Der Gemeinderat darf ein Geschäft abschreiben, wenn er dieses gut erledigt hat. Im vorliegenden Fall wurde das Geschäft zu wenig gut erledigt und damit darf die Motion noch nicht abgeschrieben werden. In ein paar Jahren möchte ich auf die Motion zurückblicken können und feststellen, was der Gemeinderat alles zum Thema getan hat. Das Thema Energie ist von Anfang an in die Projekte resp. Geschäfte einzubinden. Es darf nicht nur von Energie gesprochen werden, Energiefragen müssen zum günstigsten Zeitpunkt (= von Beginn an) offengelegt werden. Es nützt nichts, über die Abschaltung von Atomkraftwerken zu sprechen, wenn wir nicht gleichzeitig effizienter mit der Energie umgehen wollen.

Ich bitte das Parlament, die Motion noch nicht abzuschreiben. Gleichzeitig erwähnt der Gemeinderat in der Botschaft, dass er das Thema in das Standbuch aufnehmen will. In der Raumplanung und im Baugesetz wird der effiziente Umgang mit dem Thema "Energie" aufgezeigt. Ich werde mich weiterhin für das Thema "Energie" einsetzen und vor allem der effizienten Umsetzung besondere Beachtung geben.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich habe in der Botschaft aufgeführt, was das kantonale Energiegesetz heute alles zulässt. Die Bestimmungen können in das Gemeindebau- reglement überführt werden. Die Vorschriften müssen grundeigentümergebunden erlassen werden. Wenn über die Energiepolitik diskutiert wird, müssen die Möglichkeiten und Massnahmen bekannt sein, um aktiv zu werden.

Ein anderes Beispiel der Grundeigentümergebundenheit ist der "Nutzungsbonus". Dies gibt dem Grundeigentümer ein bestimmtes Recht und diese Massnahme wurde energiepolitisch am meisten in Anspruch genommen. Ich kenne in Ostermundigen keine grössere Überbauung, die den Nutzungsbonus nicht in Anspruch genommen hat. Die Qualitäten der gültigen Baureglementsbestimmungen sind zu erkennen und schätzen zu lernen. Der Gemeinderat sieht die Bestimmungen als Option in der Umsetzung.

Wie sieht der Stand der Dinge in den drei erwähnten Planungen im Detail aus:

1. Testplanung Bärenareal: Die Energiefrage wurde nicht zentral behandelt. Die zentrale Frage war die, ob an diesem Standort ein Hochhaus aus städtebaulicher Sicht erstellt werden kann. Fakt ist, dass ein Hochhaus nicht die ideale Form für energietechnische Anliegen hat. Kompakte Gebäude sind energietechnisch die besten Energieträger. Das Hochhaus hat auf das regionale Hochhauskonzept Rücksicht zu nehmen. Der Beizug der verschiedenen Experten wird darin festgehalten. Bereits Mitte November 2012 wird für die Überbauungsordnung das Mitwirkungsverfahren gestartet.
2. Verwaltungszentrum Tellareal: Eine Testplanung unter der Federführung der Abteilung Hochbau wurde bereits durchgeführt. Die Umweltexperten (Energiekommission, Umweltberatungsbüro IC) wurde beigezogen. Eine intensive Energiedebatte wurde nicht geführt. Auf dem Areal sollen zwei kompakte Baukörper erstellt werden.
3. ZPP Schwandiweg (Kablan): Das Planungsbüro für die Errichtung der Überbauungsordnung wurde in Absprache mit der Gemeinde Stettlen bestimmt. Auf eine Testplanung für die Industriezone Schwandiareal wurde verzichtet.

In der Überbauungsordnung ist keine Energiebestimmung aufgenommen worden - eine Unterlassungssünde zu der wir stehen. Die Energiefrage wird jedoch im Zusammenhang mit dem Baugesuchsverfahren (UeO mit integriertem Baugesuch) geregelt. Die Baugesuchsakten werden der Energie- und der Planungskommission und anschliessend dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgestellt. Die Umsetzung der Energiefrage wird offengelegt. Die Bauherrschaft hat ein grosses Interesse beim Thema "Energie". Das Thema wird auch im Zusammenhang mit der Mehrwertabschöpfung von zentraler Bedeutung sein. Wenn nach dem Nutzungsbonus gebaut wird, beträgt die Mehrnutzung rund 10 %; das ist bei dieser Fläche ein nicht unwesentlicher Faktor.

Noch zu den einzelnen Motionspunkten:

1. Häufig findet keine öffentliche Ausschreibung statt, da die Vergabesummen meistens unter Fr. 100'000.-- liegen.
2. Die Planungskosten werden von den Bauherrschaften getragen und nicht von der Gemeinde Ostermundigen (ausser Tellareal).

Es gibt kein Beispiel, wo keine Experten beigezogen wurden. Alle von den Motionären erwähnten Punkte sind erfüllt, d. h. die Motion kann heute Abend durchaus abgeschrieben werden.

**Christian Zeyer (SP):** Die eingereichte Motion heisst "Solar bauen" - auch ein Hochhaus kann besser oder schlechter hingestellt werden. Auch ein Hochhaus kann mit einer guten Platzierung von einem solaren Gewinn profitieren und die energetische Unabhängigkeit hängt von der Gebäudestruktur ab.

Die Infraconsult AG ist bestimmt kein Planungsbüro mit viel Erfahrung im Energiebereich. Auf der Homepage ist ersichtlich, dass sie im Bau- und Energiebereich nicht soviel zu tun haben. Um energietechnische Fragen zu beurteilen, muss das Büro Infraconsult oftmals externe Berater beiziehen.

Die Gemeinde Stettlen hat mich auf die "konfuse Überbauungsordnung" aufmerksam gemacht. Es hat mich verwundert, dass eine Nichtenergiestadt auf Missstände aufmerksam macht. Wenn die Energiefragen erst im Baubewilligungsverfahren geregelt werden, dann sind keine Verhandlungen mit den Bauherrschaften mehr möglich. Dieser Missstand gilt auch für das Bärenareal.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Die SVP-Fraktion behandelt die Energiefragen nicht an vorderster Front. Wir können den Wunsch resp. das Anliegen des Motionärs unterstützen.

**2. Vizepräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Die EVP-Fraktion befürwortet die Idee, dass das solare Bauen bereits in frühen Planungsstadien möglichst frühzeitig mit einbezogen wird, so wie in der Motion vorgeschlagen. Wir finden es gut, dass der Gemeinderat die Motion entgegen nehmen möchte. Aber dass er sie bereits abschreiben will, ist für uns auch nicht nachvollziehbar.

Wir denken auch, dass aus dem Thema "solares Bauen und Energie" sicher noch mehr heraus zu holen ist, als der Gemeinderat uns beschreibt. Wir sind zwar nicht die Fachleute für dieses Gebiet, aber diese muss der Gemeinderat beiziehen. Gerade beim neuen Tellareal, wo wir ja Eigentümer sind, würde es uns gut anstehen, wenn das solare Bauen und das Thema Energie ein hoher Stellenwert hätte. Lieber früh dran denken und nicht dann später sagen: Wir können jetzt nicht mehr.... Daher wird die EVP-Fraktion helfen, die Motion zu überweisen und wir werden sie noch nicht als erledigt abschreiben.

**Colette Nova (SP):** Ich möchte mich nicht zum Inhalt der Botschaft äussern, sondern zum gemeinderätlichen Antrag auf Seite 4 der Botschaft. Die Formulierung des Antrags ist aus meiner Sicht rechtlich nicht zulässig. In der Beschlussesziffer Nr. 1 wird festgehalten: *Die Motion wird erheblich erklärt und zur Weiterbearbeitung an den Gemeinderat überwiesen.*

In der Beschlussesziffer Nr. 2 steht: *Die Motion wird als erledigt abgeschrieben.*

Ich habe die Geschäftsordnung des GGR konsultiert. Die vom Gemeinderat erwähnte Möglichkeit ist nicht vorgesehen. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, was er genau zu beschliessen gedenkt. Eventuell muss der Antrag korrigiert werden. Will er die Motion überwei-

sen oder will er die Motion als erledigt abschreiben? Nach der vollständig geführten Diskussion kann über die Motion abgestimmt werden.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die Standardformulierung kann korrigiert werden. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Die Motion ist ihm zu überweisen. In einem weiteren Schritt kann die Motion bereits als erledigt abgeschlossen werden. Die Formulierung des Beschlusses sollte korrekt wie folgt lauten:

1. *Die Motion wird erheblich erklärt (der Rest ist ersatzlos zu streichen).*
2. *Die Motion wird als erledigt abgeschlossen.*

**Christian Zeyer (SP):** Im nachfolgenden Geschäft Nr. 85 wird der gemeinderätliche Beschluss korrekt wiedergegeben. Der Antrag des Gemeinderates hat wie folgt zu lauten:

1. *Die Motion wird erheblich erklärt.*
2. *Die Motion wird als erledigt abgeschlossen.*

Diese Formulierung ist korrekt.

**Eduard Rippstein (CVP):** Aufgrund der Referate im Parlament wird die Beschlussesziffer Nr. 1 angenommen und die Beschlussesziffer Nr. 2 ersatzlos gestrichen. Wir können die Abstimmung vornehmen.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Vielen Dank Eduard Rippstein (CVP) - wir werden über die beiden Beschlussesziffern getrennt abstimmen.

**Colette Nova (SP):** Es kann nicht gleichzeitig über beide Beschlussesziffern entschieden werden. Was beantragt der Gemeinderat dem Parlament? Soll die Motion überwiesen werden oder beantragt er uns eine Erheblicherklärung mit gleichzeitiger Abschreibung? Es gibt für uns nur "entweder/oder" gemäss Artikel 53 GO GGR.

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP):** Der Gemeindepräsident hat vorhin erklärt, was der Gemeinderat dem Parlament zu beantragen gedenkt:

1. *Die Motion wird erheblich erklärt.*
2. *Die Motion wird als erledigt abgeschlossen.*

In der Beschlussesziffer Nr. 1 ist die zweite Satzhälfte ersatzlos zu streichen.



**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Der Sachverhalt sollte nun klar sein. Wir versuchen nochmals das Abstimmungsprozedere durchzuführen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die Motion Ch. Zeyer (SP) und Mitunterzeichnende betreffend „Mit der Sonne bauen“ wird erheblich erklärt ( *einstimmig*) und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen ( *mit 29 zu 6 Stimmen*).

10.3.72 Motionen  
63.14.10 Betriebskommission Jugend- und Freizeithaus (früher: 63.680)

## **85. Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur Mundiger Jugend; Ja zum Hangar!; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Mit der Stellungnahme des Gemeinderates bin ich im Grunde genommen zufrieden. Ich möchte eine Anmerkung anbringen und die Motion aus zwei Gründen heute nicht abschreiben lassen:

1. In der Stellungnahme wird erwähnt, dass die Lärmvisualisierung vorgenommen wurde. Noch ist nicht bekannt, ob die Lärmrichtwerte erfüllt werden. Ende Oktober 2012 findet eine Nachmessung statt.
2. Wir alle kennen den Hangar und früher oder später stehen Renovationsarbeiten an. Im kommenden Budget muss dafür ein Beitrag vorgesehen sein.

**Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Erich Blaser (SVP):** Besten Dank für die erteilten "Blumen"; die Hauptarbeiten werden durch die Mitarbeitenden ausgeführt. Sie setzen sich tagtäglich für die Jugend in Ostermundigen ein. Sie machen einen guten Job! Zu den Fragen des Motionärs kann ich die folgende Stellungnahme abgeben:

- Am nächsten Montag um 22.00 Uhr finden die kantonalen Lärmmessungen betreffend die Notausgänge statt. Ich werde den Grossen Gemeinderat an der nächsten Sitzung über die Resultate informieren.
- Die Zukunft des Hangars hängt auch mit dem Alter des Gebäudes zusammen. Wir müssen uns über den Standort langsam Gedanken machen. Der Hangar befindet sich immer mehr im Wohngebiet. Die Nachbarschaft wird immer lärmempfindlicher. Im Finanzplan ist im nächsten Jahr ein Betrag von Fr. 150'000.-- für die Dachsanierung (Aussenhülle) eingestellt.

Der Gemeinderat steht klar hinter dem Hangar. Wenn sich die Möglichkeit ergibt, die Infrastruktur an einen besseren Standort zu verlegen, so wird diese Variante geprüft. Der Hangar am heutigen Standort wird nicht geschlossen, bis ein Ersatzstandort zur Verfügung steht. Dieses Versprechen kann der Gemeinderat abgeben.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Besten Dank für die kompetenten und klaren Ausführungen. Ich nehme mit Genugtuung entgegen, dass der Gemeinderat sich für den Hangar einsetzt. Ich habe Verständnis dafür, dass nach einem Alternativstandort Aussicht gehalten werden muss. Der politische Entscheid muss in die Richtung lauten, dass der Hangar erst dann geschlossen wird, wenn ein valabler Ersatzstandort zur Verfügung steht.

Ich würde es schätzen, wenn der Gemeinderat die Beschlusseziffer Nr. 2 in seinem Antrag streicht.

**Norbert Riesen (SP):** Auch ich habe eine Frage an den Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz: Würdest du mir einen Blankoscheck geben, wenn ich dein Lebensmittelgeschäft schliesse und du weisst nicht, wo der Ersatzstandort für dein Geschäft zu liegen kommt? Wenn du die Frage nicht sofort mit Ja beantworten kannst - und du kannst das nicht - bin ich der Auffassung, dass die Motion heute Abend nicht abgeschrieben werden darf.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Probieren wir noch einmal das Abstimmungsprozedere durchzuführen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 29 zu 6 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur Mundiger Jugend, Ja zum Hangar! wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

**Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Erich Blaser (SVP):** Wir machen uns Gedanken zur Zukunft des Hangars. Ich kann mit der Nichtabschreibung der Motion gut leben. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir Mitte September 2012 im Tell und Hangar einen Grossanlass durchführen durften. Dank der Superorganisation des Jugendamtes sowie den ehrenamtlichen Darbietungen konnte der Anlass mit einem Gewinn von ca. Fr. 4'000.-- abgeschlossen werden. In der Jugendkommission haben wir beschlossen, dass ein Teil des Überschusses in die Sanierungsmassnahmen des Hangars investiert wird. Ich werde das Parlament über das weitere Vorgehen informieren. Diese ehrenamtliche Tätigkeit verdient eine grosse Anerkennung.

**--- A p p l a u s ---**

10.3.74 Interpellationen  
10.4.44 Gewerbe, Industrie, Handel (Wirtschaftsförderung)

## 86. Interpellation B. Grossniklaus (SP) betreffend Wirtschaftsstandort Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Ich bin mit der schriftlichen Beantwortung der Interpellation seitens des Gemeinderates sehr zufrieden. Ich möchte dem Gemeindepräsidenten ein "Kränzlein" winden: Es ist schön, dass sich auch "ein linker Gemeindepräsident" für das Gewerbe in Ostermundigen einsetzt! Es ist eine Illusion zu glauben, dass Linke keine gute Wirtschaftspolitik betreiben können; Christian Zahler ist ein gutes Beispiel dafür.

### B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation B. Grossniklaus (SP) betreffend Wirtschaftsstandort Ostermundigen Kenntnis.

**Ratspräsident Michael Werner (FDP):** Heute sind keine parlamentarische Vorstösse abgegeben worden. Ich darf die Sitzung schliessen - wir treffen uns anschliessend noch im Restaurant La Favorita.

## GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Michael Werner

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär